

## Presseerklärung

### Bündnis Solidarische Stadt Hamburg

(84 Mitgliedsorganisationen

<https://kampagnesolidarischestadthamburg.noblogs.org/unterstuetzerinnen-supporters/>)

### Kampagne "Mindestens 100 Kinder von Lesbos nach Hamburg - JETZT!"

Auftaktveranstaltung am 5.2.2020 im Curiohaus

In der Hölle von Moria "leben" die Flüchtlingskinder und Jugendlichen JETZT. Die Bundesregierung will jedoch mit der Beendigung ihres Martyriums auf eine europäische Lösung warten. Diesen Zynismus hat Heribert Prantl bereits im Dezember letzten Jahres so gegeißelt: "Es ist ein inhumanes, es ist ein tödliches, es ist ein kriminelles Warten." (Hamb. Abendblatt 23.12.19)

Einhelliges Urteil der Auftaktversammlung war: Das Abwarten ist eine Schande, für die Bundesregierung, aber auch für die rot-grüne Koalition in Hamburg. Denn bis auf den heutigen Tag haben weder der Senat noch die Bürgerschaftsfraktionen von SPD und Grünen deutlich gemacht, dass sie die Aufnahme einer Mindestzahl unbegleiteter Kinder und Jugendlicher anstreben. Die Sprache der Fraktionsvorsitzenden von SPD und Grünen bringt die Hamburger Linie der Unverbindlichkeit, des Nichtstuns und der Herzlosigkeit an den Tag:

"Eine verantwortungsvolle Lösung kann nur über die Bundesregierung und eine Initiative auf europäischer Ebene gelingen." (Dirk Kienscherf, 15.1.20); "Wir haben beschlossen, auf die Bundesregierung zuzugehen und anzumelden, dass Hamburg auch bereit ist, Kinder aus den Flüchtlingslagern aus Griechenland aufzunehmen." (Anjes Tjarks, 30.1.20).

Mit solchen Aussagen verkommen Worte wie die von Hamburgs Sozialsenatorin Melanie Leonhardt, dass "die Zustände in den Lagern in Griechenland für die Kinder und Jugendlichen unerträglich und ehrlicherweise nicht mehr hinnehmbar sind", zur bloßen Betroffenheitsrhetorik.

Dabei gibt es in Deutschland Dutzende Städte, die nicht nur reden sondern handeln. Berlin, München, Bremen, Köln, Dortmund und viele andere Kommunen verlangen vom BMI die Genehmigung zu konkret bezifferten Aufnahmekontingenten. Sie fordern die Möglichkeit sofortiger Aufnahme und machen Druck auf die Bundesregierung.

Druck machen auch wir auf die Senatskoalition: „Zeigen Sie Kindern und Jugendlichen in höchster Not nicht weiter die kalte Schulter!“ Dies ist die Zielrichtung einer breiten und generationsübergreifenden Kampagne, die Mitglieder des Bündnisses Solidarische Stadt Hamburg für 84 Mitgliedsorganisationen sowie weitere Kooperationspartner\*innen beschlossen haben.

Wie wird die Kampagne ablaufen? Was ist geplant?

- Mobilisierung aller für Solidarität und Kinderrechte engagierten Menschen,
- Großdemonstration im Frühjahr,

- Aufruf an Familien mit Kindern sowie an Schüler und Jugendliche zu Solidaritätsaktionen für Minderjährige in höchster Not,
- Beteiligung von Beschäftigten in Schulen, Kindertagesstätten, Sozial- und Kultureinrichtungen,
- Postkarten und Plakate, die von Kindern gestaltet sind, und
- Nutzung aller Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit mit besonderem Schwerpunkt auf Medien, die sich an Kinder und Jugendliche wenden.

<https://kampagnesolidarischestadthamburg.noblogs.org/news/>